



Nordwind

Mitgliederzeitschrift der SPD Hamburg-Nord • 15. Jg. • Juli 2015 • Nr. 42



Hamburg weiter vorn!

Liebe Genossinnen und Genossen, nachdem die SPD Hamburg bei der Bürgerschaftswahl im Februar trotz knappem Verlusts der absoluten Mehrheit wieder mit einem sehr guten Ergebnis abgeschnitten hat, können wir unsere erfolgreiche Politik des sozialen Ausgleichs und der wirtschaftlichen Vernunft in der kommenden erstmals fünfjährigen Legislaturperiode mit Olaf Scholz als Erstem Bürgermeister fortsetzen. Der Koalitionsvertrag mit den Grünen bietet dafür in allen Politikbereichen eine gute Basis.

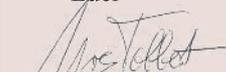
Bei den Bürgerschaftsabgeordneten aus unserem Kreis hat es nur einige wenige Änderungen gegeben. Statt 13 stellen wir zwar leider nur noch 11 Abgeordnete in der nunmehr 58köpfigen Fraktion sind damit aber personell immer noch gut vertreten. In 6 von 18 Fraktionsarbeitskreisen haben Abgeordnete aus Hamburg-Nord den Vorsitz. Insgesamt stellen wir in der Fraktion 8 Fachsprecher. Auf den Seiten 3–6 werden die neu- und wiedergewählten Abgeordneten samt Funktionen, Ausschüssen und Abgeordnetenbüros vorgestellt.

Nachdem die letzten beiden Jahre viel Zeit und Kraft für Bundestags-, Bezirksversammlungs- und Bürgerschaftskandidierendenaufstellungen und Wahlkampf gekostet haben, haben wir jetzt erst einmal eine längere wahlkampffreie Zeit vor uns, in der wir die inhaltliche Parteiarbeit wieder stärker in den Vordergrund rücken werden. So ziehen wir am 20. Juli auf einer Kreisklausur zur Hälfte der Legislaturperiode der Großen Koalition auf Bundesebene Bilanz über alle wichtigen Politikfelder und wollen die Ergebnisse dieses Workshops im September auf einer Kreisdelegiertenversammlung in Anträge zum Landes- und Bundesparteitag gießen.

Aber auch den bezirklichen Themen wie z.B. dem „Dauerbrenner“ Schwimmbad Ohlsdorf werden wir als Kreis wieder verstärkt unser Augenmerk widmen. Themen, die darauf warten, beachtet zu werden, gibt es jedenfalls genug. Wir alle sind dazu aufgerufen – im Distrikt oder im Kreis bei unseren parteiöffentlichen Vorstandssitzungen oder in den thematischen Arbeitskreisen des Kreises. Die aktuellen Termine findet Ihr wie gewohnt auf unserer Homepage unter www.spd-hamburg-nord.de.

Mit solidarischen Grüßen

Euer



Urs Tabbert

SPD-Abgeordnete aus Hamburg-Nord3–6

Wahlrecht

Mehr oder weniger Demokratie?.....7–8

Warum bist Du noch in der SPD?8

Erbschaftssteuer

Erben oder leisten?9

Erben – wieviel dem Staat?..10–11

60plus

20-jährige Erfolgsgeschichte .. 12

Wohnungsbaupolitik

Schotten dicht!.....13

Veranstaltungen14

Kreisvorstand15

Impressum/

Mentoring-Programm ..16

Leitlinien

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD hat bei der Bürgerschaftswahl im Februar 2015 nach vier Jahren Regierungsverantwortung mit 45,6 % wieder ein außerordentlich gutes Wahlergebnis erreicht. Das ist sonst derzeit leider auf Bundesebene und in keinem anderen Bundesland der Fall. Der mit den Grünen verhandelte Koalitionsvertrag wurde vom SPD-Landesparteitag fast einstimmig gebilligt. Er sichert uns in der Bürgerschaft eine stabile Mehrheit, mit der wir auch unvorhergesehene Entwicklungen wie zum Beispiel in der Zuwanderung bewältigen und die Schwerpunkte unserer Politik weiter verfolgen können.

Nach der Erhöhung der Anzahl der Wohnungsbaugenehmigungen steigt erwartungsgemäß die Zahl der fertig gestellten Wohnungen in Hamburg deutlich an. Die aktive Wohnungspolitik des Senats, zu der auch der Bau von 2.000 geförderten Wohnungen pro Jahr gehört, wird den Anstieg der Mieten in den kommenden Jahren dämpfen. Gleichwohl müssen die Anstrengungen im Wohnungsbau durch den Senat und die sieben Bezirke fortgeführt werden, damit in unserer wachsenden Stadt alle eine bezahlbare Wohnung erhalten können.

Die Hamburger Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele findet in Umfragen eine breite Unterstützung. Gleichwohl haben Senat und Bürgerschaft beschlossen, dass hierzu ein Referendum durchgeführt werden soll. Aus dem Rückkauf der Energienetze wissen wir, dass eine Volksabstimmung selbst in politisch sehr strittigen Fragen zu einer grundsätzlichen Klärung führen kann und ein positives Votum dann auch eine sichere Grundlage für die Umsetzung des Projekts ist. Das bevorstehende Referendum ist daher keine Gefahr, sondern eine große Chance für das Vorhaben, die Olympischen Sommerspiele 2024 in unserer Stadt auszurichten und die damit verbundenen Impulse für die Stadtentwicklung zu nutzen.



Herzliche Grüße



Peter Tschentscher
Kreisvorsitzender

Rechtsanwälte Marc Kaiser & Urs Tabbert

Kompetenzen:

Allgemeines Zivilrecht

Arbeitsrecht

Strafrecht

Mietrecht

Internetrecht

Gewerblicher Rechtsschutz

Verbraucherschutzrecht

Hochschulrecht

Prüfungsrecht

Personalvertretungsrecht

Scheidungen, Erb- und Verkehrsrecht

Sprechzeiten: Montag–Freitag 10–18 Uhr

Möllner Landstraße 20 · 22111 Hamburg

Tel.: 0 40/736 798 11 · Fax: 0 40/736 798 12



Ksenija Bekeris

Funktionen:

Stellv. Fraktionsvorsitzende
Vorsitzende des Arbeitskreises
Arbeit, Soziales und Integration
(Sprecherin)

Ausschüsse:

Soziales, Arbeit und Integration
Haushalt

Abgeordnetenbüro:

Pestalozzistraße 21 A
22305 Hamburg
Tel.: 51 90 69 08
Fax: 51 90 69 10
Mail: info@ksenija-bekeris.de
www.ksenija-bekeris.de

Mitarbeiter:

Alexander Kleinow, Sören Tomasek

Bürozeiten:

Mo. 9.00–13.00
Di. und Fr. 9.30–13.00
Do. 13.30–19.00
(barrierefrei erreichbar)



Dr. Annegret Kerp-Esche

Ausschüsse:

Gesundheit und Verbraucherschutz
Umwelt und Energie

Abgeordnetenbüro:

Hegestraße 40
20251 Hamburg
Mail: annegret.kerp-esche@spd-fraktion-hamburg.de
<http://kerp-esche.spd-hamburg.de>

Mitarbeiter:

Daniel Gritz



Gulfam Malik

Ausschüsse:

Europa
Sport
Umwelt und Energie (stellv.)

Abgeordnetenbüro:

Tangstedter Landstraße 33
22415 Hamburg
Tel.: 0 40/730 55 300
Fax: 0 40/730 55 299
Mail: info@gulfammalik.de
www.gulfammalik.de

Mitarbeiter:

Peter Bröcker, Dennis Geisweller

Bürozeiten:

Di. bis Do. 10.30–17.30
Fr. 10.30–13.00



Dorothee Martin

Funktion:

Sprecherin für Mittelstand,
Tourismus, Metropolregion

Ausschüsse:

Stadtentwicklung
Wirtschaft, Innovation und Medien
Verkehr (stellv.)

Abgeordnetenbüro:

Am Hasenberge 44
22337 Hamburg
Tel.: 32 84 34 27
Fax: 32 84 34 29
Mail: info@dorotheemartin.de
www.dorotheemartin.de

Mitarbeiter:

Nicholas Gildemeister, Morlin
Schmerfeldt, Gabi Greguhn

Bürozeiten:

Mo. 11.00–14.00
Di. 15.00–18.00
Do. 11.00–14.00
Sa. nach Vereinbarung



Jan Quast

Funktionen:

Koopt. Fraktionsvorstand
Vorsitzender des Arbeitskreises
Finanzen (Sprecher)

Ausschuss:

Haushalt

Abgeordnetenbüro:

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg
Tel.: 31 81 03 18
Fax: 31 81 03 45
Mail: abgeordnetenbuero@janquast.de
www.janquast.de

Mitarbeiter:

Nina Behlert, Markus Hahn

(barrierefrei erreichbar)



Wolfgang Rose

Funktionen:

Koopt. Fraktionsvorstand
Koordinator für Gewerkschafts-
kontakte

Ausschüsse:

Soziales, Arbeit und Integration
Kultur
Wirtschaft, Innovation und Medien (stellv.)

Abgeordnetenbüro:

Ifflandstraße 85
22087 Hamburg
Tel.: 61 19 83 12
Fax: 61 19 83 13
Mail: post@wolfgang-rose.info
www.wolfgang-rose.info

Mitarbeiter:

Sönke Klages

Bürozeiten:

Täglich geöffnet
(barrierefrei erreichbar)



Jenspeter Rosenfeldt

Funktion:

Sprecher für Verbraucherschutz

Ausschüsse:

Gesundheit und Verbraucherschutz
Sport (stellv.)

Abgeordnetenbüro:

Bussestraße 29
22299 Hamburg
Tel.: 59 35 23 93
Fax: 59 35 23 95

Mail: info@jenspeter-rosenfeldt.de

Mitarbeiter:

Cornelius Seyfarth



Urs Tabbert

Funktionen:

Fraktionsvorstand
Vorsitzender des Arbeitskreises
Justiz und Datenschutz (Sprecher)

Ausschüsse:

Justiz und Datenschutz
Innen

Abgeordnetenbüro:

Bussestraße 29
22299 Hamburg
Tel.: 59 35 23 93
Fax: 59 35 23 95
Mail: mail@urstabbert.de
www.urstabbert.de

Mitarbeiter:

Tina Winter (Büroleitung), Carsten Gerloff, Sebastian Mietzner, Benjamin Nielsen, Nils Peters

Bürozeiten:

Mo.–Fr. 9.00–12.00
Di. und Do. 18.00–20.00



Dr. Sven Tode

Funktion:

Vorsitzender des Arbeitskreises
Wissenschaft (Sprecher) und
Gleichstellung

Ausschüsse:

Wissenschaft und Gleichstellung
Haushalt
Europa (stellv.)

Abgeordnetenbüro:

Fuhlsbüttler Straße 458
22309 Hamburg
Tel.: 39 87 66 22
Fax: 39 87 66 24
Mail: kontakt@sven-tode.de
www.sven-tode.de

Mitarbeiter:

Ines Schwarzarius (Büroleitung),
Dr. Carsten Maßmann

Bürozeiten:

Mo., Di. und Do. 9.00–13.00
Mi. 10.00–14.00
Fr. 9.00–12.00 und 14.00–17.00
(barrierefrei erreichbar)



Sylvia Wowretzko

Funktion:

Vorsitzende des Arbeitskreises
Gesundheit (Sprecherin) und
Verbraucherschutz

Ausschüsse:

Gesundheit und Verbraucher-
schutz
Haushalt
Eingaben

Abgeordnetenbüro:

Dithmarscher Straße 32
22049 Hamburg
Tel.: 18 06 32 41
Mail: kontakt@wowretzko.de
www.wowretzko.de

Mitarbeiter:

Jan Greve, Alexander Kleinow,
Sebastian Gerdes

Bürozeiten:

Di., Mi. 09.30–15.30
Do. 9.00–13.00
Fr. 9.00–14.00
(barrierefrei erreichbar)



Dr. Isabella Vértes-Schütter

Funktionen:

Fraktionsvorstand
Vorsitzende des Arbeitskreises
Kultur (Sprecherin)

Ausschüsse:

Kultur
Gesundheit und Verbraucher-
schutz
Wissenschaft und Gleichstel-
lung (stellv.)

Abgeordnetenbüro:

Ifflandstraße 85
22087 Hamburg
Tel.: 61 19 83 12
Fax: 61 19 83 13
Mail: mail@vertes-schuetter.de
www.vertes-schuetter.de

Mitarbeiter:

Jan Greve

Bürozeiten:

Täglich geöffnet
(barrierefrei erreichbar)



SPD-Bürger- schaftsfraktion

Rathausmarkt 1
20095 Hamburg
Tel.: 4 28 31 13 25
Fax: 4 28 31 24 35
Mail: info@spd-fraktion.ham-
burg.de

Mehr oder weniger Demokratie?

Warum wir über das Wahlrecht reden – und es ändern müssen

Von Sönke Klages

Nach der Bürgerschaftswahl ist das Hamburger Wahlrecht wieder öffentlich ins Gerede gekommen – zurecht. Nicht weil es allein verantwortlich wäre für die niedrige Wahlbeteiligung und die vielen ungültigen Stimmen, das ist es natürlich nicht. Aber es spricht vieles dafür, dass es eben auch mit dafür verantwortlich ist.

Im Fokus der Debatte um das Wahlrecht steht vor allem seine Komplexität und Kompliziertheit. Das ist ein wichtiger Punkt, aber es ist meiner Ansicht nach nicht der einzige, und auch nicht der wichtigste.

Ja, es stimmt: Dieses Wahlrecht ist kompliziert. Aber damit meine ich nicht in erster Linie das, was seine Befürworter den Kritikern immer gern unterstellen, dass wir die Leute doch bloß unterschätzen, sie für zu doof halten würden, was sie aber gar nicht seien. Ja, natürlich kann man die formale und technische Komplexität der Wahlmöglichkeiten mit etwas Geduld, Anstrengung oder Hilfe verstehen und beherrschen – sofern sie einen nicht vorher abschreckt.

Aber was dieses Wahlrecht für viele Menschen wirklich kompliziert macht, ist nicht seine formale Unübersichtlichkeit, sondern die Zumutung, über diverse Namen von Kandidatinnen und Kandidaten entscheiden zu müssen, die sie gar nicht kennen – und auch gar nicht kennen können oder gar wollen. Und das hat nichts mit Intelligenz zu tun, sondern mit der Tatsache, dass es in Wahlkreisen, von denen jeder so viele Einwohner hat wie eine Großstadt, nämlich im Schnitt rund 100.000, weder den Wählerinnen und Wählern möglich ist, alle hunderte Kandidatinnen und Kandidaten kennen zu lernen, noch umgekehrt den Kandidatinnen und Kandidaten, sich allen Wählerinnen und Wählern bekannt zu machen (zumindest sofern sie nicht prominent und in den großen Medien präsent sind).

Was soll ich mit den ganzen Namen?

Eine mir gut bekannte ältere Dame hat

diese Zumutung sehr klar auf den Punkt gebracht: „Ich weiß doch genau, welche Partei ich wählen will, und warum. Ich weiß genau, was mir politisch wichtig ist. Aber was soll ich mit diesen ganzen Namen?“

Damit bin ich bei dem Punkt, den ich an diesem Wahlrecht für noch gravierender und schädlicher halte als seine Kompliziertheit: Nämlich, dass es den Fokus der politischen Aufmerksamkeit und Debatte verschiebt, weg von politischen Inhalten, hin zu Personen.

Ich meine: Dieses Wahlrecht führt nicht zu mehr Demokratie, wie es seine Befürworter behaupten, sondern im Gegenteil zu weniger Demokratie. Indem es sowohl Wähler/innen als auch Parteien zwingt, sich mehr auf Personen statt auf Inhalte zu fokussieren, höhlt es den Kern der Demokratie aus, nämlich die Debatte und Entscheidung über unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Werte und Ideen, unterschiedliche politische Programme und Konzepte. Das will ich im Folgenden näher erläutern.

Natürlich spielen Personen und Charaktere eine Rolle. Es gibt mehr und weniger kompetente Politiker/innen, mehr und weniger aufrichtige, mehr und weniger erfahrene oder innovative und frische. Johannes Rau hat es einmal sehr treffend gesagt: „Nicht die Politik verdirbt den Charakter, sondern schlechte Charaktere verderben die Politik.“ Dafür gibt es in der Tat genügend Beispiele. Aber wie sollen Wählerinnen und Wähler dies bei einer großen Vielzahl von Kandidat/innen beurteilen können, die sie nur von Plakaten, Flyern, oder, mit Glück, von einem Gespräch am Infostand oder in einer Sprechstunde kennen?

Die Kompetenz und Aufrichtigkeit von Politiker/innen kann man beurteilen, wenn man die Chance hat, ihr Wirken über einen längeren Zeitraum intensiv zu verfolgen. Diese Möglichkeit hat man natürlich bei den Spitzenpolitiker/innen, deren Wirken intensiv in den Medien dargestellt wird (bei aller Vorsicht gegenüber den oft verzerrenden, zwanghaft skandalisierenden Tendenzen moderner Medienberichterstattung). Deshalb braucht Demokratie natürlich neben Parteiprogrammen



Sönke Klages

auch Spitzenkandidat/innen und weitere Persönlichkeiten für wichtige Ämter und Mandate. Die hohe Popularität von Olaf Scholz liegt darin begründet, dass die Menschen anhand seines Wirkens seine hohe Kompetenz und Glaubwürdigkeit erkennen und sehen: Der hält, was er verspricht.

Auch manchen viel weniger prominenten Abgeordneten kann so etwas im kleinen Maßstab gelingen, wenn sie über einen längeren Zeitraum den Wähler/innen in ihren Wahlkreisen zeigen können: Die oder der kümmert sich kompetent um ausgewählte, regionale Probleme. Aber reicht das aus, um einen Wahlmodus zu rechtfertigen, der selbst auf der kleinsten Ebene die Wahl zwischen Personen in den Mittelpunkt stellt? Ich meine nein.

Denn trotz aller Bedeutung von Personen sind die eigentlich wichtigen Entscheidungen für das Leben der Menschen in der Gesellschaft – also die politischen Entscheidungen – andere: Welche Interessen kommen wie zur Geltung, und welche nicht? Welche Probleme werden behandelt und wie werden sie gelöst, oder welche werden ignoriert? Geht es vor allem um die „Freiheit des Einzelnen“, oder geht es auch um Gerechtigkeit und Solidarität als Voraussetzungen individueller Freiheit? Die Probleme und Herausforderungen unserer Gesellschaft ändern sich natürlich

im Wandel der Zeit, aber viele Grundfragen und -konflikte sind heute noch genauso zentral, wie sie es schon seit Jahrzehnten sind. Darüber Konsense herzustellen oder Kompromisse zu finden, wo möglich, und Mehrheitsentscheidungen zu fällen, wo nötig – das ist das eigentliche Wesen von Politik, der eigentliche Kern von Demokratie.

Deshalb sind die Parteien, bei aller Zufälligkeit ihrer Akteure vor Ort, im Ganzen auch keine zufälligen oder willkürlichen Gebilde. Sie sind der organisierte Ausdruck der verschiedenen sozialen und ökonomischen Interessen, der verschiedenen grundlegenden Wertesysteme und Ideen, der grundlegenden gesellschaftlichen Konflikte. Die Parteien wandeln sich im konkreten und müssen dies auch tun. Aber alle Erfahrungen in Deutschland und anderen Ländern zeigen: Wenn traditionsreiche Parteien ihre wesentliche Orientierung und ihre Kraft verlieren, den Menschen, Interessen, Werten und Ideen, für die sie stehen, Geltung zu verschaffen, verlieren sie ihre Bedeutung oder können sogar ganz verschwinden.

Das Ansehen der Parteien hat gelitten, doch was ist die Konsequenz?

Ja, wir müssen klar und schonungslos feststellen: Das Ansehen der Parteien hat in den letzten Jahren gelitten, auch unserer. Zu oft wurde Glaubwürdigkeit verspielt, zu wenig können viele Menschen erkennen, was Politik und Parteien ihnen bei ihnen, oft größer gewordenen, sozialen Sorgen und Ängsten helfen können. Je weniger demokratische Politik in der Lage oder überhaupt willens zu sein scheint, die wesentlichen Probleme – soziale Existenznöte, Überforderungen durch harte Konkurrenz, Sorgen über Arbeit, Rente und Pflege, Chancen für Kinder, Schutz von Umwelt und Gesundheit – nachhaltig bearbeiten und lösen zu können, desto schwä-

cher wird auf Dauer das Zutrauen in die parlamentarische Parteiendemokratie als ganze. Die Tatsache, dass die Wahlbeteiligung vor allem in den ärmeren Stadtteilen fällt und weit hinter der wohlhabenderer Stadtteile zurückbleibt, hat – neben den eingangs genannten Zumutungen des Wahlrechts – viel mit diesem schwindenden Zutrauen zu tun.

Doch was ist die richtige Konsequenz aus diesem Befund? Ist es die richtige Konsequenz, Parteien zu schwächen und stattdessen auf den Wettbewerb von Einzelpersonen zu setzen, wie es dieses Wahlrecht tut und seine Verfechter wollen? Nein, mit Sicherheit nicht.

Denn was ist die Folge? Können Einzelpersonen, die sich im Wahlkampf vor allem persönlich profilieren und dazu künstlich voneinander abgrenzen, ja sich letztlich trotz gleicher Parteizugehörigkeit gegenseitig bekämpfen (müssen), wie im jüngsten Wahlkampf auch unter unseren Kandidat/innen manchmal geschehen, die politischen Probleme besser lösen? Sicher nicht. Im Gegenteil, indem es die Problemlösungskompetenzen durch die Vereinzelung der politischen Auseinandersetzung weiter schwächt, wird dieses Wahlrecht auch das Zutrauen in die Demokratie weiter schwächen.

Problemlösungen durch Teamwork

Denn echte, nachhaltige Problemlösungen entstehen nicht aus der vermeintlichen oder tatsächlichen Brillanz Einzelner, sondern aus der gemeinsamen Arbeit und Debatte von vielen. Nachhaltige, tragfähige Lösungen entstehen im Dialog unter Gleichen, in der offenen, gemeinsamen Debatte unter vielen – das ist sowohl eine tragende Erkenntnis der Sozial- und Politikwissenschaften, als auch die geschichtliche und konkrete Erfahrung unserer wechselvollen Geschichte und unseres alltäglichen Handelns. Wo dies ansatzweise gegeben ist – vollkommen kann es nie

sein – ist die Demokratie jeder anderen Regierungsform überlegen.

Deshalb braucht unsere Demokratie, um die grundlegenden Probleme wirksam bearbeiten zu können, nicht mehr individuelle Konkurrenz zwischen einzelnen Personen, sondern im Gegenteil mehr und stärkere Foren der gemeinsamen, solidarischen Diskussion. Diese Foren sind nicht nur, aber ganz wesentlich auch die Parteien. Und mehr als alle anderen ist dies die SPD, denn das Ideal der solidarischen Debatte und Zusammenarbeit unter Gleichen ist im Kern das sozialdemokratische Ideal.

Das funktioniert, wir wissen es alle, nicht immer, schon gar nicht perfekt. Das kann es auch nicht, dazu sind wir alle doch zu unterschiedliche und eigensinnige Individuen mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen und Zugängen. Das ist auch gut so – aber es ist kein Grund, uns länger ein Wahlrecht aufzwingen zu lassen, das uns in künstliche, übersteigerte Konkurrenzen zwingt und die Potentiale gemeinschaftlicher Problemlösung nicht nur verschenkt, sondern auf Dauer zerstört.

Deshalb sollten wir, bei allem Eingeständnis und aller Demut gegenüber der eigenen Unzulänglichkeit als Partei, uns nicht mit dieser gefährlichen Entwicklung abfinden, sondern selbstbewusst sagen: Mehr Demokratie braucht ein Wahlrecht, dass die politischen Inhalte statt die Personen in den Mittelpunkt rückt. Mehr Demokratie braucht ein Wahlrecht, dass die Parteien inhaltlich fordert, aber sie nicht zwingt, sich in internen Wettbewerben aufzureiben und ihre eigentlichen, gemeinsamen Ziele aus den Augen zu verlieren. Mehr wirkliche Demokratie braucht das Gegenteil dessen, was der Verein „Mehr Demokratie“ haben will.

Wir brauchen also ein besseres Wahlrecht. Das wollen und können wir nicht verordnen, sondern das müssen wir mit den Menschen gemeinsam beraten und sie dafür gewinnen. Ich bin sicher, dass wir das, mit vielen anderen gemeinsam, schaffen können. Unsere Demokratie ist es wert. ●

Warum bist Du noch in der SPD?

Von Christine Faltynek

Fragen mich einige Freundinnen und Freunde. Ja, warum? Warum steht man bei Wind und Schietwetter am Infostand? Warum klingelt man bei wild-

fremden Leuten und bittet sie zur Wahl zu gehen? Warum klebt man Plakate bei Schnee, Hitze oder Regen? Warum dreht man 500 Würstchen am heißen Grill? Warum diskutiert man mit Wildfremden? Warum liest man politische Bücher, Zeitun-

gen? Warum bezahlst du deine Parteiarbeit selbst mit deinem Mitgliedsbeitrag?

Ja, warum?

Warum, ist mir die Demokratie so viel unzählige Stunden wert? Die Demokratie muss jeden Tag neu gefestigt werden, das

kann nicht ein Mensch alleine, dafür müssen wir alle und auch ich mit einem kleinen Beitrag, etwas leisten.

Wir haben ein Wahlsystem, das mehr Demokratie möglich machen sollte. Es hat sich aber bei der Hamburg- und auch bei der Bremenwahl gezeigt, dass vor allem Menschen mit geringen Bildungsabschluss nicht zur Wahl gehen. Siehe Bertelsmann Stiftung „Prekäre Wahlen-Hamburg“. In Nord ist der Negativ-Spitzenreiter Dulsberg mit einer Wahlbeteiligung von 44,5%. In Dulsberg gibt es in 89% der Haushalte keinen Hochschulabschluss. Die Studie bezeichnet dort 48,7% als hedonistisches Milieu, das heißt es ist eine „spaß- und erlebnisorientierte moderne Unterschicht/untere Mittel-

schicht für die nur das Hier und Jetzt entscheidend ist.“ Wollen 55,5% nicht wählen, weil es für sie „nix einbringt“, es sie die Politikerinnen und Politiker nicht kennen? Das 5-Stimmen-Wahlsystem sollte genau das Verstärken, die Nähe zur Wählerin und zum Wähler. Hat das Wahlsystem versagt oder haben wir als SPD versagt?

Ich bin der Meinung wir müssen mehr tun. Wir müssen raus, raus in die harte Welt der Nachbarinnen und Nachbarn, genau zu denen, die jeden Tag mit den Folgen von politischen Anordnungen leben müssen. Wir müssen fragen, zuhören und nicht darauf warten, dass eine Lobby von uns etwas fordert, was sich auf die ganze Nachbarschaft auswirkt. Die Aufgabe der Poli-

tikerinnen und Politiker ist es zum Wohl aller zu handeln.

Wer auf die Menschen zugeht und in einer einfachen ehrlichen Sprache redet, hilft der Demokratie.



Christine Faltynek

Das bedeutet auch bei Wind und Schietwetter am Infostand stehen, 500 Würstchen braten, bei Wildfremden klingeln und nicht nur hochakademisch zu jammern. ●

Erben oder leisten?

Zu Erbschaftsteuer, Marktwirtschaft und Gerechtigkeit

Von Wolfgang Rose

Lange nicht mehr hat ein so sperriges Buch für soviel Furore gesorgt wie Thomas Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“. Denn Piketty weist nach, dass in den kapitalistischen Gesellschaften des Westens schon lange und ganz grundsätzlich gilt: Die Renditen aus Kapitalbesitz sind höher als die aus eigener Arbeit, oder einfacher gesagt: Haben lohnt sich mehr als Leisten. Die aktuellen Zahlen für Deutschland bestätigen das: Die Renditen aus Vermögen wachsen mehr als doppelt so schnell wie die Arbeitseinkommen.

Das allein wäre jedoch noch kein gesellschaftliches oder moralisches Problem, solange der Vermögens- und Kapitalbesitz das Resultat eigener Leistung ist, und jeder die annähernd gleiche Chance hat, Vermögen durch Arbeit aufzubauen. Aber wie wir wissen, ist dem nicht so: Viel zu ungleich sind die Bildungs- und Berufschancen verteilt, viel zu ungleich sind die Löhne und Gehälter zwischen verschiedenen Berufen, in denen jeweils Enormes geleistet wird.

In naher Zukunft jedoch wird sich diese ohnehin schon große und wachsende soziale Schieflage weiter verschärfen, und zwar durch einen Vorgang, den die meisten Menschen als quasi natürliches, selbstverständliches Recht ansehen: Das Erben und Vererben. Es ist das Verdienst der Autorin

Julia Friedrichs, in ihrem Buch „Wir Erben“ nicht nur die entsprechenden Zahlen und Fakten zu präsentieren, sondern vor allem die gesellschaftlichen und moralischen Folgen zu beleuchten.

Aktuelle Brisanz gewinnt diese Debatte vor dem Hintergrund, dass das Bundesverfassungsgericht Ende letzten Jahres entschied, dass die Erbschaftssteuer hinsichtlich des Betriebsvermögens zu reformieren sei und dem Gesetzgeber dafür eine Frist bis Mitte 2016 gesetzt hat.

Schäuble-Entwurf wird von SPD unterstützt

Ein erster Entwurf von Bundesfinanzminister Schäuble liegt vor, und erstaunlicherweise wird dieser vor allem aus dem eigenen bürgerlichen Lager als zu weitgehend kritisiert, während er von der SPD unterstützt wird.

Warum eigentlich? Schließlich berufen sich bürgerliche Politiker und Interessenvertreter doch stets gern auf Liberalismus und „Soziale Marktwirtschaft“. Doch mit deren Leitidee „Wohlstand durch Leistung“ ist das nahezu steuerfreie Erben, wie es hierzulande bisher üblich ist, kaum zu vereinbaren.

Zunächst die Fakten: Zwar gibt es keine gesicherten Zahlen über das Geldvolumen, das jährlich in Deutschland vererbt wird, die Schätzungen schwanken zwischen „nur“ 60 Milliarden und 260 Milli-



Wolfgang Rose

arden. Die Unsicherheit kommt daher, dass es generell in Deutschland zwar über alles Mögliche detaillierte statistische Daten gibt, nur nicht über Vermögen und Reichtum. Und was an Erbschaft aufgrund der hohen Freibeträge nicht versteuert werden muss, wird auch nicht erfasst. Dennoch sind die höheren Schätzwerte plausibel, denn wir kennen die Gesamtsumme des privaten Vermögens in Deutschland (rund 12 Billionen Euro), und wir wissen, dass mindestens ein Drittel davon schon innerhalb dieses Jahrzehnts vererbt wird. Daher ist die Prognose der Postbank, nach der das jährliche Erbschaftsvolumen bis 2020 auf über 330 Mrd. Euro ansteigen wird, durchaus realistisch.

Klar ist also: Es geht nicht um Peanuts,

sondern um riesige Summen. Und damit geht es um die Fragen: Wie gerecht ist das? Was bedeutet das für die Chancen- und Wohlstandsverteilung in der jungen Generation? Und was folgt daraus für die Reform der Erbschaftssteuer?

Eigentlich ist es ja erstaunlich: Während die große Mehrheit der Deutschen die wachsende soziale Ungleichheit kritisiert und zum Beispiel die Vermögenssteuer befürwortet, lehnen viele Menschen hingegen höhere Erbschaftssteuern ab, selbst unter denen, die gar nicht in den Genuss des Erbens kommen.

Viele lehnen Erbschaftssteuer ab

Doch das ist leicht verständlich, denn es entspringt dem tief verwurzelten Familiengefühl der Deutschen, vor allem jener aus der ersten Nachkriegsgeneration, die sich oft vor allem deshalb den Buckel krumm geschuftet haben, damit „unsere Kinder es einmal besser haben als wir“. Daher empfinden viele Eltern es nur als gerecht, das Vermögen, das sie „hart erarbeitet“ haben, nun an ihre Kinder oder Enkel weiterzugeben – und als ungerecht, gar „unverschämt“, wenn der Staat sich davon einen kleinen Teil abknapsen will.

Doch wie stellt sich die Sache aus Sicht der Erbengeneration dar? Jene Kinder oder Enkel, die erben, erhalten diese kleineren oder größeren Vermögen, ohne selbst etwas dafür getan zu haben. Geerbtes Vermögen ist nicht das Resultat eigener Leistung, sondern schlicht: Glück. Nämlich das zufällige Glück, von den „richtigen“ Eltern geboren worden zu sein. Aus Sicht derjenigen, die dieses Glück nicht haben, ist das zweifelslos ungerecht.

Erben ist „Glückssache“

Der übliche Einwand gegen solche Überlegungen ist der Vorwurf, doch nur neidisch zu sein, eine „Neiddebatte“ zu führen. Doch erstens ist es ein billiger Trick, (Un-)Gerechtigkeitsgefühle und –

forderungen als Neid zu denunzieren, und zweitens geht dies noch aus einem anderen Grund an der Sache vorbei: Jene, die nicht erben, haben nämlich heute viel geringere Chancen, sich stattdessen aus eigener Leistung Wohlstand zu schaffen. Während es in den ersten Nachkriegsjahren vielen möglich war, auch aus einem durchschnittlichen Einkommen kleine Vermögen aufzubauen, meist in Form von Häusern, ist dies heute aus bekannten Grün-



den sehr viel schwerer: Gesunkene Real-löhne, prekäre Arbeitsverhältnisse, unste-tige Erwerbsverläufe, hohe Ausgaben für private Kranken- und Altersvorsorge oder für Bildung und Weiterbildung.

Im Ergebnis bedeutet das, dass das zentrale Versprechen der sozialen Marktwirtschaft: „Aufstieg und Wohlstand durch Leistung“ immer mehr an Gültigkeit verliert: Während viele trotz enormer Leistungen und Anstrengungen kaum je zu nennenswertem Wohlstand und Existenzsicherheit kommen, ganz zu schweigen von Vermögen, erreichen andere diese Ziele ganz ohne eigenes Zutun, ohne eigene Leistung, nur indem sie erben.

Und diese Spaltung verfestigt sich auch für kommende Generationen: Denn einmal vorhandenes Vermögen, so man es nicht verprasst oder verzockt, vermehrt sich bekanntermaßen im Finanzkapitalismus von alleine, so dass auch die nächste Erbengeneration in gleichen oder noch höheren Genuss kommt, während die Einkommen aus Arbeitsleistung kaum eine nachhaltige Wirkung haben. Statt „Leistungsgesellschaft“ zu sein, nimmt unser Land so immer mehr neo-feudale Züge an, es entsteht eine über Generationen hinweg weitgehend gleichbleibende Geldelite.

„Geldelite“ schwächt Innovationsfähigkeit

Dies ist nicht nur ungerecht, sondern schwächt auch die Dynamik und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft; auch dieser Effekt ist wissenschaftlich erwiesen.

Was also tun? Andere Länder sind da weniger zimperlich: Während Erbschaften bei uns bisher mit durchschnittlich weniger als zwei Prozent besteuert werden, können es in den USA schon mal 50 Prozent oder mehr sein. Schließlich bestand schon Staatsgründer Thomas Jefferson darauf, dass jeder sich „an der Startlinie neu aufstellen“ müsse. Und der Gründervater des Wirtschaftsliberalismus John Stuart Mill sagte ebenso klar: „Ich würde eine stark belastende Steuer auf jede Erbschaft legen, die den moderaten Betrag übersteigt, der ausreicht, um persönliche Anstrengungen zu unterstützen, aber nicht überflüssig zu machen.“

Doch wie wir wissen: Wenn es ernst wird, gelten vielen Vermögenden und Liberalen keine Ideen mehr etwas, sondern nur noch die schnöden Eigeninteressen. Daher werden zuverlässig altbekannte Einwände und Vorurteile gegen die Erbschaftssteuer ins Feld geführt, die ich abschließend entkräften möchte:

Zum ersten wird ständig die Angst verbreitet, der Staat nehme den Familien „Oma ihr klein Häuschen“ weg. Das tut er natürlich nicht: Wenn Freibeträge und Steuersätze angepasst werden, dann wird selbstgenutztes Wohneigentum auch zukünftig nicht gefährdet werden.

Zum zweiten wird gesagt: Warum soll das Vermögen als Erbschaft nochmal besteuert werden, für das doch schon Einkommenssteuer gezahlt wurde? Doch der Sinn von Steuern ist nicht, Geld oder andere Werte an sich zu besteuern, sondern die Tatsache, dass jemand sie als Einkommen oder Vermögen in Besitz bekommt und verwertet. Daher wird nicht derjenige besteuert, der vererbt, sondern der Erbe, sofern er mittels Erbschaft ein einmaliges hohes Einkommen bzw. Vermögen erhält.

Und zum dritten wird im Falle vererbten Betriebsvermögens stets gewarnt, die Besteuerung könnte Arbeitsplätze kosten. Doch natürlich wird die Reform der Erbschaftssteuer dies berücksichtigen und die Arbeitsplätze schützen – aber dafür die neuen Inhaber verpflichten, diese Arbeitsplätze auch wirklich langfristig zu erhalten.

Für Panikmache besteht also kein Grund. Was wir brauchen, ist eine Erbschaftssteuer, die zumindest einen kleinen gerechten Ausgleich zwischen jenen mit und jenen ohne „Elternglück“ herstellt und zugleich verhindert, dass aus der Leistungsgesellschaft eine Erbengesellschaft wird. ●

Erben - wieviel davon dem Staat?

Von Petra Ackmann

Erbschaftssteuer ist seit eh und je ein hoch emotionales Thema. Es gibt vehemente Verfechter, die im Erbfall eine Steuer erheben wollen für den leistungslosen Erwerb von Vermögen. Andere sehen in der Erhebung einer Erbschaftssteuer eine Substanzbesteuerung, die sie von vornherein als Vermögensvernichtung ablehnen, ganz nach dem Motto, das wurde doch schon einmal besteuert, warum dann jetzt noch einmal?



Nun hat zum wiederholten Male das Bundesverfassungsgericht Teile der Besteuerung im Erbfall für verfassungswidrig angesehen. Bis Juni 2016 muss im Bereich der Besteuerung von Firmenvermögen eine Nachbesserung des Gesetzgebers erfolgen, denn so, wie es jetzt ist, begünstigt es Firmenvermögen gegenüber anderem Vermögen zu weitgehend.

Der Vergleich, den das Verfassungsgericht anstellt, einmal simpel dargestellt: Würde man eine Million Bargeld erben, zahlt man Erbschaftssteuer. Erbt man ein Unternehmen mit einem Wert von einer Million, bezahlt man vermutlich nichts, sofern man die Arbeitnehmer weiterhin beschäftigt. Diese Begünstigung ist zu weitreichend und damit verfassungswidrig, so das Gericht im Dezember 2014.

Die SPD tut sich schwer, hier eine einheitliche Linie zu vertreten wie man die Regelung abändern soll.

Vielleicht sollten wir mal wieder beginnen, in Visionen zu denken, und unser politisches Handeln danach ausrichten. Fakt ist:

Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander. Durch die jetzige Form der Erbschaftssteuer findet

hier keine Regulierung mehr statt. Im Gegenteil, es manifestiert sich, dass die kleineren und mittleren Erbfälle besteuert werden, und auf die großen Erbschaften durch geschicktes Verlagern des Vermögens in den betrieblichen Bereich und durch Ausnutzung von steuerlichen Gestaltungsspielräumen wenig bis keine Erbschaftssteuer gezahlt wird.

Die Mär von der Doppelbesteuerung

Und das Argument, dass das doch schon einmal besteuert wurde?

Man zahlt, nahezu klaglos, Steuern auf den Verbrauch in Form von Umsatzsteuer. Auch wenn man einkauft und Umsatzsteuer bezahlt, hat man das Geld schon vorher einmal besteuert, in Form von Lohn- oder Einkommensteuer, sonst hätte man kein Geld, um einzukaufen. Unzulässige Doppelbesteuersdiskussion? Fehlanzeige, darüber denkt niemand nach, man ist ja dran gewöhnt.

Man zahlt Steuern (und Sozialversicherungsbeiträge!) auf den Lohn, den man als ArbeitnehmerIn bekommt. Dafür hat man etwas geleistet, ist stundenlang zur Arbeit gegangen, und jetzt muss man darauf auch noch Steuern zahlen: Ist doch normal, oder?

Man zahlt Grundsteuer auf die Nutzung einer Wohnung, ob zur Miete oder im Eigentum. Aus versteuerten Entgelt, auf den Besitz oder die Nutzung einer Wohnung, die man lebensnotwendig braucht: Diskussion über die Besteuerung dieses Tatbestandes? Fehlanzeige!

Man zahlt Kfz-Steuer auf den Besitz eines Autos. Und Mineralölsteuer auf den Verbrauch von Kraftstoff. Um von A nach B zu kommen, eventuell zur Arbeit: Protest? Nein, geht ja alles in die Infrastruktur, obwohl man weiß, dass Steuern gar nichts zweckgebunden erhoben werden dürfen.

Man zahlt Branntweinsteuer, Zigarettensteuer, Kaffeesteuer, aber Erbschaftssteuer? Ungehörig?

Was haben Erben geleistet, um das Recht für sich in Anspruch zu nehmen, möglichst nichts vom Erbe abgeben zu wollen? In Form einer Steuer? Unverständlich!

Die Frage, die man also stellen muss, ist: Wollen wir eine Steuer beim Übergang

von Vermögen von einer Person auf die andere?

Ich denke, wir brauchen das in jedem Fall. Wie Steuern auf den Verbrauch von Gütern, wie auf den Erwerb von Einkünften, wie auf die Nutzung von Ressourcen. Wir sind nur nicht mehr daran gewöhnt, dass man auf Vermögen Steuern zahlt! Zu lange hat man uns politisch eingeredet, dass Vermögen in den Händen einzelner dem gesamten Land dient, Stabilität erzeugt, dass der Besitz des Einzelnen nicht durch Steuern angetastet werden darf. Das ist Unsinn! Aber wer erst einmal hat, gibt nicht gerne wieder ab, das ist die simple Wahrheit. Und da darf sich man sich gerne auch mal selbstkritisch an die eigene Nase fassen. Meine Meinung aber bleibt, Erbschaftssteuer und Vermögensteuer ist unverzichtbar für den sozialen Frieden, und meine Vision dahinter lautet:

Bereicherung des Erben entscheidendes Moment

Wir brauchen eine Erbschaftssteuer, die an der Bereicherung des Erben anknüpft. Egal von wem die Bereicherung kommt. Wir müssen die Regelung abschaffen, dass sich alle zehn Jahre die Freibeträge erneuern. Und wir müssen verlässliche und transparente Bewertungen für Immobilien und Betriebe einführen.

Die jetzige Diskussion beschränkt sich auf das politisch machbare, und das ist richtig weil pragmatisch für den Stichtag Juni 2016, den das Gericht für die Änderung im Bereich Betriebsvermögensvererbung vorgeschrieben hat.

Chancengleichheit durch Fleiß und nicht durch Herkunft!

Aber diese Partei braucht darüber hinaus eine Diskussion um eine gerechte Erbschaftssteuer sowie um die Wiedereinführung der Vermögensteuer, damit in dieser Gesellschaft wieder ganz klar ist, dass nicht nur VerbraucherInnen und Erwerbstätige Steuern zahlen, sondern auch Vermögende.

Um diese Gesellschaft letztlich auskömmlich zu finanzieren. Eine Gesellschaft, die Chancengleichheit durch Fleiß und Bildung ermöglicht, und nicht durch Herkunft. ●

60plus: Aktiv und gefragt!

Eine zwanzigjährige Erfolgsgeschichte

Von Kerstin Völsch

20 Jahre Arbeitsgemeinschaft 60plus in Hamburg-Nord: Eigentlich wäre das schon Ende 2014 zu feiern gewesen, denn die Gründungsversammlung hatte bereits im November stattgefunden. Aber da waren dann erst einmal Kandidierendenaufstellungen für die Bürgerschaft aktuell, die 60plus-Aktiven engagierten sich stark im darauf folgenden Wahlkampf und das Jubiläum rückte zunächst aus dem Focus.

Aber so ganz ignorieren – das ging ja eigentlich auch nicht und so wurde kurzerhand beschlossen, bei der nächsten Mitgliederversammlung an den Jahrestag zu erin-



nern. Und so fanden sich am 2. Juni allerlei Genossinnen und Genossen zusammen, um bei Kaffee und Kuchen die Jahre Revue passieren zu lassen. Helgard Winkel, die 60plus-Kreisvorsitzende hatte mich dazu eingeladen und um ein paar Erinnerungen gebeten. Für diejenigen, die nicht dabei sein konnten, hier ein kleiner Einblick:

Wir in Hamburg-Nord waren sowohl in der Frauen- als auch in der SeniorInnenpolitik der Zeit meist etwas voraus, so z.B. mit Ursel Preuhs als Vorsitzender der BV und später Bürgerschaftsabgeordneten, mit den Beisitzendenposten für Senior*innen im Kreisvorstand und auch in der Art, wie Politik gestaltet wurde: Viel im Dialog, weniger von oben herab.

Dennoch war es auch bei uns so, dass über viele Jahre hinweg die Beisitzendenposition oft von GenossInnen übernommen wurden, die selbst noch gar nicht im Seniorinnenalter waren – man machte eher

Politik für Senioren als Politik mit Senior*innen, so war die Zeit.

Auf Bundesebene beschloss man 1993, der seit vielen Jahren beklagten geringen Unterstützung der Senior*innenarbeit mit einer eigenen Arbeitsgemeinschaft 60plus zu begegnen. Die Untergliederungen wurden aufgefordert, die AG formal zu installieren. Dies kam auch den Genossinnen und Genossen in Hamburg-Nord gelegen: Der SPD-Kreisvorstand bereitete die Gründung vor und am 24. November 1994 fand die Versammlung im Winterhuder Fährhaus statt. Karin Riedel wurde zur Vorsitzenden gewählt und übte dieses Amt acht Jahre lang aus.

Die intensive Arbeit von 60plus begann im Jahr 1995 mit der Landeskonferenz Hamburg im März. Mit 16 Delegierten zur Landeskonferenz stellte Hamburg-Nord die zweitgrößte Gruppe, das ist auch heute noch so.

Nach Karin Riedel übernahm Otto Klauder von 2002 bis 2004 den Vorsitz, ihm folgten Werner Kiebel (2004–2008) und Eckhard Helms (2008–2014). Seit Juni 2014 ist Helgard Winkel Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft.

So gut wie nie fiel eine Sitzung aus

Schon beim Durchblättern der Unterlagen bei der Vorbereitung meines Beitrages war mir aufgefallen, wie konstant die Arbeit der AG immer war. Von Beginn an traf sich der Vorstand jeden Monat – so gut wie nie fiel eine Sitzung aus. Jede/r interessierte „60pluser“ kann teilnehmen und immer wird engagiert diskutiert und geplant. Manche der „großen“ Themen sind trotz einiger Verbesserungen nach wie vor nicht bewältigt: Schon 1995 forderte die AG 60plus z.B. beim Bundesparteitag die Aufwertung von Familien durch materielle Verbesserungen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, verstärkte Frauenerwerbstätigkeit, veränderte Lebensarbeitszeitmodelle, ein Einwanderungsgesetz.

Politisch sehr erfolgreich war und ist



Kerstin Völsch

die AG bei der Beteiligung an Senior*innenbeiräten – sie ist aus diesen Gremien nicht mehr wegzudenken und hat an vielen Verbesserungen und Entscheidungen maßgeblich Anteil.

Natürlich hat sich auch manches an der Arbeit der AG verändert: Senior*innenpolitik heute vernetzt sich intensiv mit anderen Multiplikatoren/Organisationen. Man versucht neue Formen der Kommunikation mit Bürger*innen und der Beteiligung, so z.B. die große Fragebogenaktion zur Situation von Rentner*innen, die wesentliche Impulse für die weitere Arbeit erbracht hat. Die jährlichen Neujahrsempfänge sind heute generationenübergreifend und werden gemeinsam mit den Jusos veranstaltet. Und vieles ist, wie es immer war: Die intensive Beteiligung an Wahlkämpfen und Parteiaktionen, gemeinsame Fahrten (z.B. Brüssel und Berlin) und Veranstaltungsangebote.

Als 1994 alles los ging, waren 29,9% der Nord-Genoss*innen im Alter 60plus, heute (2014) sind es bereits 37% aller Nord-Mitglieder – die Arbeitsgemeinschaft hat hier eine wichtige Aufgabe.

Ältere Menschen sind heute gesünder, fitter, mobiler als früher – sie sind unterwegs, gehen Hobbys nach, kümmern sich um die Enkel ... und manche machen Politik. Bei denen, die sich dort mit und für andere engagieren, haben wir uns zu bedanken! ●

Schotten dicht!



Von Dr. Jürgen Näther

Der direkte Fußweg von meiner U-Bahn-Haltestelle zu meiner Wohnung führt mich durch eine private Wohnanlage. Ein Schild weist mich darauf hin, dass ich diese Wegstrecke auf eigene Gefahr nutze. Obwohl ich in meiner Bewegungsfreiheit nicht eingeschränkt werde – warum trotzdem ein ungutes Gefühl? Weil ich an andere Beispiele neuzeitlichen Bauens erinnert werde, wo Wege zwischen Wohnblöcken für mich und andere Externe – m.a.W. für alle „normalen Bürger“ – versperrt oder nur im Einzelfall zugänglich sind. Dabei denke ich nicht in erster Linie an wehrhaft eingezäunte Villengrundstücke, obwohl die Landschafts- und Verkehrsplanung an der Außenalster zeigt, dass auch sie demokratischem Gestaltungswillen prinzipiell zugänglich sind. Was mich vor allem beunruhigt, ist die Tendenz, ganze Wohnanlagen so einzufrieden, dass quasi exterritoriale Quartiere entstehen. Sollte das alles zu abstrakt klingen: Man sehe sich das Wohnprojekt an der Sophienterrasse an.

Wohin es führen kann, wenn derartige Schule macht, wurde mir bei Besuchen in Salvador/Bahia, der ältesten und

in Teilen wohl schönsten brasilianischen Großstadt, vor Augen geführt. An kompletten Straßenzügen stehen sämtliche Wohn(hoch)häuser hinter massiven Zäunen, deren Durchlässe nur für Befugte von Wachpersonal geöffnet werden. Wer die gesamte Stadt in den Blick nimmt und sieht, dass die Mehrzahl ihrer Bewohner in Favellas (Slums) lebt, begreift, was die Oberschicht veranlasst, sich hinter Zäune zurückzuziehen: Angst vor Reaktionen derer, die ihren Anteil am Kuchen als Krümel empfinden.

Da es vergleichbare Erscheinungen und Tendenzen auch in Ländern gibt, deren Wohlstand sich von dem Deutschlands weniger unterscheidet als der Brasiliens, ist umso dringlicher zu fragen: Sind die hamburgischen Beispiele baulicher Abschottung nobler Wohnareale Ausdruck einer Gesellschaft, die sich dem Prinzip des sozialen Ausgleichs verpflichtet fühlt und trotzdem eine fortschreitende soziale Spaltung hinnimmt?

Abschottung statt sozialer Ausgleich?

Und glauben allzu viele nicht (mehr) an die Möglichkeit, soziale Unruhen durch sozialen Ausgleich und notfalls

durch repressive Ordnungspolitik zu verhindern, so dass man vorsorglich darauf setzt, die Schotten dicht machen zu können?

Dem scheint die „moderne“ Stadtplanung auch dort zu entsprechen, wo öffentliche Räume ganz oder teilweise privatisiert und sozialen Konflikten durch soziale Entmischung vorgebeugt wird: Wo an die Stelle von Marktplätzen und Einkaufsstraßen privat betriebene Shoppingcenter treten und Bahnhöfe nach dem Muster von Flughäfen designt werden, fügt sich das in Besorgnis erregender Weise in Prozesse von Privatisierung und Abschottung ein.

Bleibt zu fragen: Gibt es Handlungsbedarf und -optionen und was heißt das für uns, soweit wir als Landes- und Be-

zirkspolitiker oder sonstig politisch Engagierte Verantwortung übernehmen wollen? Mag sein, dass einzelne Projekte, die der



Jürgen Näther

Logik des Abschottens folgen, im gegebenen rechtlichen Rahmen nicht verhindert werden können. Entscheidend ist, ob die hier aufgezeigten Beispiele und Tendenzen als Gefahr wahrgenommen und der ggf. auch öffentlichkeitswirksame Versuch unternommen wird, dieser Gefahr zu begegnen. Auch hier gilt: Wer sich nicht wehrt, hat schon verloren. ●

Mitmachen – Mitreden

Kreisbüro der SPD
Hamburg-Nord
Am Hasenberge 44
Tel. 4 60 30 42

Kreisvorstands- sitzungen

Unsere **Kreisvorstands-
sitzungen** sind parteiöffentlich –
Mitglieder sind herzlich willkommen!
Die nächsten Vorstandstermine sind:
– Juli: Termin steht noch aus – er ist
demnächst auf unserer Homepage zu
finden.

– Freitag, 11. September, 18 Uhr.

– Mittwoch, 07. Oktober, 19 Uhr.

– Mittwoch, 4. November, 19 Uhr.

Die Sitzungen finden in der Regel in
den Räumen des Kreisbüros, Am Ha-
senberge 44, statt.

Mentoring-Programm

In der Zeit vom **01. September
bis zum 05. Oktober** findet das
diesjährige Mentoring-Programm
statt – siehe separater Artikel. Eine
Anmeldung ist notwendig.

Kreisdelegiertenversamm- lung

Für Freitag, den 04. September, 18
Uhr ist eine **Kreisdelegiertenver-
sammlung** (KDV) geplant – hier sol-
len u.a. die Ergebnisse des Juni-
Workshops in Anträge gegossen
werden. Sie findet in den Räumen
der Landesorganisation, Kurt-Schuma-
cher-Allee 10, statt.

Alle Delegierten erhalten rechtzeitig
eine Einladung, aber auch Mitglieder,
die keine Delegierten sind, können
gern teilnehmen. Eine Anmeldung ist
dann sinnvoll.

Landesparteitag

Am **Samstag, den 19. Septem-
ber 2015**, findet der nächste Lan-
desparteitag (LPT) statt. Auch hier
sind Mitglieder, die keine Delegierten
sind, herzlich willkommen – eine An-
meldung im Kreisbüro ist aber not-
wendig.

Neumitgliedertag

Am **Samstag, den 26. Septem-
ber 2015**, findet auf Landesebene
ein **Neumitgliedertag** statt. Die
Einladung dazu an die „Neuen“ er-
folgt separat.

Weitere Termine/Veranstaltungen un-
serer Arbeitsgemeinschaften und Ar-
beitskreise oder aus den Distrikten fin-
det Ihr auf unserer Homepage
www.spd-hamburg-nord.de.

Es lohnt sich, dort auch immer noch
mal wegen Uhrzeit oder Veranstal-
tungsort nachzusehen, manchmal än-
dert sich in der langfristigen Planung
ja doch etwas.

Kreisvorstand der SPD Hamburg-Nord

Geschäftsführender Kreisvorstand

Vorsitzender

Tschentscher Peter 4 60 30 42 p.tschentscher@hamburg.de

stellv. Vorsitzende

Tabbert Urs 01 79/5 05 91 56 ra.tabbert@rechtfair.com

Wowretzko Sylvia 2 27 67 02 wowretzko@gmx.de

Schatzmeister

Bornhöft Ralph 4 28 39-48 20 ralph.bornhoeft@gmx.eu

BeisitzerInnen im GKV

Klages Sönke 01 57/71 33 03 90 soenke.klages@yahoo.de

Ros Karin 01 76/49 77 11 62 ros.karin@alice-dsl.de

Rugbarth Andrea 01 74/9 16 32 52 andrea.rugbarth@gmx.de

Weitere BeisitzerInnen im Kreisvorstand

Bekeris Ksenija 01 63/2 69 20 20 ksenijabekeris@yahoo.de

Buter Maria 2 27 88 06 maria.buter@web.de

Näther Jürgen 27 29 72 juergen.naether@gmx.de

Distriktvorsitzende

Langenhorn-Nord

Greguhn Gabriele 01 73/2 97 13 11 gabi.greguhn@gmx.de

Langenhorn-Süd

Malik Gulfam 01 79/3 90 74 49 tmgulfam_malik@hotmail.com

Fuhlsbüttel (komm.)

Meß Christine 01 51/53 64 41 08 chmess@aol.com

Groß Borstel

Nitruch Barbara 52 87 87 92 barbara.nitruch@t-online.de

Eppendorf

Freitag Jan 88 88 87 77 Freitag@Kanzlei-Michaelis.de

Winterhude-Nord

Seyfarth Cornelius 01 76/20 22 90 05 Montefeltro@gmx.net

Jarrestadt

Hahn Markus 01 63/9 83 13 30 info@hahn-markus.de

Mühlenkamp

Mellies Dirk 01 60/96 25 47 51 dirkmellies@googlemail.com

Barmbek-Nord/Dulsberg

Wendt Rüdiger 01 70/8 57 52 02 wendtib@gmx.de

Barmbek-Mitte

Kleinow Alexander 01 51/40 52 13 87 alex@kleinow.org

Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde

Tode Sven 25 49 73 73 spd-buh@sven-tode.de

Weitere Mitglieder im Kreisvorstand

ASF

Faltynek Christine 01 76/57 14 42 70 faltynek@gmx.de

6oplus

Winkel Helgard 01 71/7 88 38 09 huschke@wtnet.de

Bezirksfraktion

Bester Angelika 01 72/4 53 99 66 angelika.bester@t-online.de

Jusos

Heßelbarth Martin 01 73/1 76 71 92 mail@martin-hesselbarth.de

Mitglieder im Landesvorstand aus Hamburg-Nord

Damerau Inka 64 20 25 32 inka.damerau@t-online.de

Peter Tschentscher, Sönke Klages und Sylvia Wowretzko: Kontakt siehe oben!



Schon etwas zum Schmökern
für's Frühstück geholt?

Grafik-Design:
Zeitschriften, Zeitungen,
Bücher, Broschüren, Magazine,
Kataloge, Geschäftsberichte

Kreativ-Schmiede
Thomas Biedermann

www.kreativ-
schmie.de

Einsteigen und Mitmachen: Mentoring-Programm 2015

Du bist neu? Noch nicht so richtig angekommen in der SPD? Du möchtest Dich mehr einbringen und hast noch jede Menge Fragen zum Wo und Wie? Dann mach mit bei unserem Mentoring-Programm vom 01. September bis 05. Oktober 2015.

Politik und Parteileben werden transparent gemacht, Berührungsängste abgebaut – Einstieg und Mitmachen sollen erleichtert werden. Das Angebot richtet sich in erster Linie an neue Mitglieder, aber auch Zugezogene aus anderen Bundesländern oder passive Mitglieder (die jetzt aktiv werden wollen) sind herzlich willkommen!

Das Programm beginnt mit einem Auftakttreffen (01.09.), das dem Kennenlernen und der Terminplanung dient. Aus einer Vielzahl von Veranstaltungen und Hinter-

grundgesprächen können die Teilnehmenden ihr ganz individuelles Programm zusammenstellen. Alle Politikbereiche werden beleuchtet – vom Besuch von Sitzungen der Bürgerschaft und der Bezirksversammlung bis zur Teilnahme an Vorstands-, Arbeitskreis- und Distriktsitzungen.

Für jeden Bereich, ob innerparteilich oder öffentlich, stehen den Teilnehmenden kompetente AnsprechpartnerInnen zur Verfügung um Fragen zu beantworten und Abläufe zu erklären. Beim Abschlusstreffen nach fünf Wochen (05.10.) ist Gelegenheit die gesammelten Erfahrungen auszutauschen und Feedback zu geben.

Eine Anmeldung ist erforderlich – dafür genügt ein Anruf oder eine E-Mail ans Kreisbüro. Weitere Informationen und Anmeldungen unter Tel. 0 40/460 30 42 oder per mail an hh-nord@spd.de. ●

Wir sprechen mit Ihnen und
helfen, wo wir können

SPD

Zentrales Bürgerbüro

Di., Mi., Do. 14–16 Uhr · Tel. 28 08 48-32/-0

Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 Hamburg

Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 43):

01.10.2015. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Ein Anschlagmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (**keine Internet-Bilder!**).

✉ **Post:** Beiträge und Fotos per Brief oder digitale Daten auf CD an die Redaktion: Urs Tabbert, Möllner Landstr. 20, 22111 Hamburg

✉ **E-Mail:**
ra.tabbert@rechtfair.com

☎ **Telefon:**
Urs Tabbert, 01 79/5 05 91 56

Herausgeber:

SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44 · 22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42 Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd.de www.spd-hamburg-nord.de

V.i.S.d.P.: Peter Tschentscher

Redaktion: Urs Tabbert

Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Gestaltung: Kreativ-Schmiede, Hamburg, www.kreativ-schmie.de

Bilder: Titelfoto © Birgit Winter/pixelio.de, S. 2 © Peter Tschentscher, S. 3–6 Abgeordnetenfotos © beim jeweiligen Abgeordneten, S. 7 © Sönke Klages, S. 9 © Christine Faltynek, Wolfgang Rose, S. 10 © angieconscious/pixelio.de, S. 11 © matchka/pixelio.de, S. 12 Petra Bork/pixelio.de, Kerstin Völsch, S. 13 © Henning Hraban Ramm/pixelio.de, Jürgen Näther

Druck: Flyeralarm, flyeralarm.de